

Sebastian Kurz

Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres
der Republik Österreich, Wien

Sehr geehrte Damen und Herren,
vor allem, sehr geehrter Herr Abt,
liebe Frau Landesrätin,
lieber Herr Landeshauptmann,

vielen Dank für die Kooperation zwischen dem Stift Göttweig, dem Land Niederösterreich und dem österreichischen Außenministerium. Es ist eine Freude, dass wir das Europaforum heuer wieder gemeinsam abhalten können.

Lieber Gio Hahn,

vielen Dank, dass Du heute nicht nur dabei bist, sondern, dass Du unser österreichischer Kommissar bist. Es ist tagtäglich eine Freude, mit Dir zusammenarbeiten zu dürfen.

Und vor allem, liebe Kollegen, liebe Außenminister,
lieber Miro, lieber Lazar und lieber Daniel,

vielen, vielen Dank, dass ihr euch Zeit nehmt, dass ihr dieses Wochenende mit uns verbringt beim Europaforum Wachau und somit diese Veranstaltung zu etwas ganz Besonderem macht.

In den letzten Wochen hat ganz Europa auf Österreich geblickt. Wir haben uns vielleicht nicht immer über die Art und Weise der Berichterstattung gefreut, aber die Berichterstattung hat stattgefunden. In fast allen europäischen Ländern ist die Situation in Österreich sehr genau unter die Lupe genommen worden. Viele haben davon gesprochen, dass das, was in Österreich gerade stattfindet, ein Stück weit das Versuchslabor für andere Staaten ist. Die Deutschen haben sich Gedanken gemacht, ob das, was in Österreich stattfindet, vielleicht schon bald in Deutschland Realität werden könnte. Es wurde auch viel darüber gesprochen, dass wir in einer Zeit der Polarisierung leben, und viele haben sogar das gespaltene Österreich her-

beigeredet oder herbeigeschrieben.

Wenn man sich die Situation etwas genauer anschaut, dann merkt man aber, dass diese Spaltung, diese Polarisierung, die Zuspitzung kein österreichisches Phänomen ist, sondern dass in ganz Europa oftmals ganz widersprüchliche Konzepte aufeinanderprallen – mehr oder weniger Europa, höhere Staatsverschuldung oder lieber die Konsolidierung unserer angeschlagenen Budgets, Flüchtlingsaufnahme versus Aufnahmestopp.

Es gibt nicht nur in Österreich unterschiedliche, teilweise sehr widersprüchliche und polarisierende Meinungen. In ganz Europa prallen gegensätzliche Konzepte aufeinander. Gleichzeitig fürchten sich viele vor der Debatte und glauben, wenn man möglichst fest den Deckel auf den Topf drückt, dann wird die Situation besser.

Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall: Wir brauchen die offene Diskussion gerade zu Themen, wo die Menschen ganz unterschiedlicher Meinung sind, und wir sollten uns vor dieser zugespitzten Debatte auch nicht fürchten! Ich bin froh, dass das Europaforum Wachau ein Ort ist, bei dem diese Debatten auch offen geführt werden können.

Ein Thema, bei dem die Debatte ganz besonders notwendig ist, ist aus meiner Sicht die Flüchtlingskrise. Zu lange wurde da versucht, den Deckel draufzuhalten und genau diese notwendige Debatte nicht zuzulassen. Ich kann mich gut erinnern, als vor ungefähr einem Jahr im Sommer die damalige Innenministerin, Johanna Mikl-Leitner, und ich das erste Mal in Österreich gewagt haben zu sagen, dass die Willkommenskultur, die Einladungspolitik, die unbegrenzte Aufnahme von Flüchtlingen in Österreich uns schon bald überfordern wird, und wir uns Gedanken machen müssen, wie wir mit dieser Frage umgehen.

Wir wurden dafür massiv gescholten und sofort in ein rechtes Eck gedrängt.

Als wir vor einem halben Jahr - vielen Dank Miro, dass wir das gemeinsam geschafft haben - darüber nachgedacht haben, mit unseren Freunden entlang der Westbalkan-Route die Route zu schließen und wieder Normalität herzustellen, sind wir in Europa breit kritisiert worden für diesen, aus meiner Sicht notwendigen Schritt. Der Aufschrei war groß, aber eine Woche später schon wurde dieser Schritt nicht nur Realität, sondern in Brüssel von allen 28 Staats- und Regierungschefs als Linie der Europäischen Union beschlossen.

Wozu hat es geführt?

Zu einem Stück weit mehr Normalität und zu einer Reduktion der Zahl der Menschen, die über diese Westbalkan-Route nach Mitteleuropa strömt.

Ich glaube, wenn wir über die Flüchtlingskrise reden, dann sollten wir ganz offen zugeben, dass vieles, was im letzten Jahr passiert ist, der falsche Zugang im Umgang mit dieser Krise war. Ja, wir haben richtigerweise geholfen. Aber die Offenheit, die Europa ausgestrahlt hat, hat auch dazu geführt, dass sich immer noch mehr Menschen auf den Weg gemacht haben. Es hat dazu geführt, dass Schlepper immer noch mehr Geld verdient haben, und je mehr Menschen sich auf den Weg machen, desto mehr ertrinken im Mittelmeer - auch das müssen wir offen aussprechen.

Als ich vor einigen Tagen gesagt habe, dass wir Grundprinzipien des australischen Modells übernehmen sollten als Europäische Union und dass wir uns umschauen sollten, wo ist es gelungen, in Australien, in Spanien und anderswo auf der Welt, Migrationsströme unter Kontrolle zu bringen, wurde ich einmal mehr stark dafür gescholten.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, die Wahrheit ist doch, dass wir in Europa nicht besser sind als Australien, sondern wir sind in vielen Fragen nur scheinheiliger als Australien. Wir haben keine oder nur kaum legale Wege nach Europa, wir könnten viel mehr erreichen mit einer stärkeren humanitären Hilfe vor Ort, und wir sehen zu, dass auf illegalen Routen tau-

sende Menschen sich täglich auf den Weg nach Europa machen und hunderte jede Woche ertrinken.

Das ist kein Konzept, angesichts dessen wir uns zufrieden zurücklehnen sollten. Im Gegenteil, ich glaube, das ist ein Konzept, das wir gründlich hinterfragen sollten, denn es ist nicht perfekt. Aus meiner Sicht ist es dringend notwendig, dass wir nicht nur mit nationalen Maßnahmen in Österreich versuchen, eine Überforderung unseres Landes zu verhindern, sondern aus meiner Sicht ist es notwendig, dass wir die illegalen Migrationsrouten schließen und gleichzeitig legale Wege nach Europa eröffnen.

Mit Resettlement-Programmen können wir es schaffen, dass nicht Schlepper entscheiden, wer es nach Europa schafft, sondern dass wir selbst entscheiden, wer nach Europa kommen darf. Nur damit schaffen wir es auch, die Ärmsten der Armen, die Schwächsten der Schwachen zu unterstützen und ihnen eine neue Perspektive in Europa zu geben.

Zugleich schaffen wir es mit dem Ausbau von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit, dass mit demselben Geld wesentlich mehr Menschen vor Ort geholfen wird, weil für dasselbe Geld, das wir aufwenden, um einen Menschen in Mitteleuropa zu finanzieren, wir etwa im Libanon 20 Menschen unterstützen können, von Afrika gar nicht zu sprechen.

Ich glaube, dass wir zu einem Weg finden müssen, der folgendes klarstellt: Wer sich illegal auf den Weg nach Europa macht, hat keine Chance auf Asyl in Europa. Wir müssen ihm Sicherheit gewähren, weil er aus einem Kriegsgebiet kommt, aber wir müssen mit Staaten in Afrika und in der arabischen Welt kooperieren und die Möglichkeit in Erwägung ziehen, diese Menschen in sichere Flüchtlingszentren, Schutzzonen oder andere Gebiete zurückzustellen, dass sie dort die Dauer des Konflikts überstehen können.

Wir müssen auch ehrlich genug sein zu sagen, dass über 50 Prozent der Menschen, die zu uns kommen, kein Recht auf Asyl im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention haben. Wenn wir sie nach Mitteleuropa weitertrans-

portieren, dann werden wir uns ganz, ganz schwer tun, sie wieder zurückzustellen. Diese Entscheidung muss schon bei der Ankunft an der europäischen Außengrenze auf einer Insel getroffen werden, ganz egal, ob das Lesbos oder Lampedusa ist.

Ich weiß, dass es oftmals hart ist, sich klar für den einen Weg zu entscheiden, aber es gibt Entscheidungen, wo es nur ein Vor oder Zurück gibt.

Und genauso wie heute jemand, der auf Lesbos ankommt, nicht mehr automatisch weiter nach Mitteleuropa darf, sondern zunächst aufgehalten und dann in die Türkei zurückgestellt wird, genauso werden wir uns bald die Frage stellen müssen, was ist, wenn jemand in Lampedusa oder Sizilien ankommt. Im Moment darf er aufs Festland, anders als auf Lesbos, und viele dieser Menschen machen sich über den Brenner auf den Weg weiter nach Österreich, Deutschland oder Schweden.

Wir Staaten in Mitteleuropa sind aber - das wissen wir seit dem letzten Jahr - mittlerweile mit der Situation überfordert und insofern werden wir uns auch auf Lampedusa und Sizilien die Frage stellen müssen, ist es wirklich richtig, dass, wenn jemand ankommt, er automatisch weiter auf das Festland und dann weiter nach Mitteleuropa durchgewunken wird.

Ich glaube nicht, dass das der richtige Weg ist. Ich glaube, dass das zu einer Überforderung in Mitteleuropa führt, dass das dazu führt, dass Schlepper sehr viel Geld verdienen, sich immer noch mehr Menschen illegal auf den Weg machen und darüber hinaus noch jede Woche Hunderte ertrinken.

Wer glaubt, dass das, was wir letztes Jahr erlebt haben, die große Flüchtlingskrise der Europäischen Union war, der hat sich aus meiner Sicht getäuscht. Wir haben in Afrika nicht nur wesentlich schlechtere Lebensbedingungen als in Mitteleuropa, sondern wir haben dort auch eine extrem stark wachsende Bevölkerung - eine Milliarde im Moment, zwei Milliarden in zwanzig Jahren und Ende des Jahrhunderts aller Voraussicht nach vier Milliarden.

Wenn wir glauben, dass der Migrationsdruck weniger wird, dann haben wir uns getäuscht. Wenn wir glauben, dass wir unser System der offenen in Europa so aufrechterhalten können, dann haben wir uns auch getäuscht. Und wenn wir glauben, dass wir nur jenen helfen sollten, die bei uns ankommen und wegsehen, wenn anderswo noch viel größeres Leid stattfindet, dann agieren wir aus meiner Sicht auch nicht allzu christlich.

In diesem Sinne hoffe ich, dass es uns gelingt, eine europäische Diskussion loszutreten, die am Ende des Tages eine europäische Lösung bringt. Die europäische Lösung muss mehr sein als nur die Verteilung in Europa, denn allein mit der Verteilung werden wir als Europa die Flüchtlingskrise definitiv nicht lösen.

Das zweite Thema, das ich ansprechen möchte, ist der 23. Juni. Der 23. Juni bringt ein Referendum in Großbritannien, nicht nur ein Referendum, das die Briten betrifft, sondern das uns auch massiv als Europäische Union betreffen wird.

Ich hoffe, dass die Vorredner, die gesagt haben, Großbritannien wird bleiben, recht behalten, denn aus meiner Sicht brauchen wir Großbritannien ganz, ganz dringend in unserer Europäischen Union. Nicht nur, weil Großbritannien ein außenpolitisch und wirtschaftspolitisch wichtiger Staat ist und uns als Europa wesentlich mehr Kraft und Stärke gibt, sondern vor allem, weil wir Großbritannien ideologisch brauchen. Wir haben viel zu viele in der Europäischen Union, die tagtäglich darüber nachdenken, wie man die Maastricht-Kriterien lockern könnte, wie wir die Sozialunion, die aus meiner Sicht Utopie ist, erreichen könnten, oder die stillschweigend akzeptieren, dass wir im internationalen Vergleich zurückfallen anstatt sich damit zu beschäftigen, welche Konsequenzen das für die nächsten Generationen haben wird.

Die Briten sind diejenigen, die in die meisten Debatten einen globalen und internationalen Blick einbringen. Die Briten sind diejenigen, die sich dafür

einsetzen, dass Europa ein Wirtschaftsstandort sein muss, der im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist. Ich glaube daher, dass es auch ideologisch für uns ganz, ganz entscheidend ist, diese Geisteshaltung mit am Tisch in der Europäischen Union zu haben. Insofern hoffe ich, dass der 23. Juni nicht nur gut für Großbritannien, sondern gut für uns alle ausgeht.

Das dritte Thema, das ich ansprechen und womit ich schließen möchte, ist die Frage, wie viel Glaubwürdigkeit hat die Europäische Union eigentlich noch und wie beliebt ist die Europäische Union?

Alle, die gesagt haben, wir sind die Europäische Union, die haben recht. Aber wenn wir das ernst nehmen, dann sollten wir es nicht zu schnell wegwischen, wenn immer mehr Menschen in Europa sich nicht mehr mit dieser Europäischen Union identifizieren.

Ich glaube, eine Chance, wieder mehr Identifikation zustande zu bringen, ist eine bessere Aufgabenteilung und wieder ein Stück weit mehr an Subsidiarität, wie es der Herr Landeshauptmann zu Beginn angesprochen hat. Ich glaube, dass Europa sehr viel an Vertrauen zurückgewinnen kann, wenn es uns gelingt, in den großen Fragen stärker und einheitlicher zu agieren – in der Flüchtlingspolitik, in der Außenpolitik, in der Verteidigungspolitik –, und wenn es uns gleichzeitig gelingt, in kleineren oder regionaleren Fragen durchaus den Mut zu haben, Mitgliedsstaaten und auch Regionen alleine entscheiden zu lassen.

Ich glaube, dass nichts mehr verärgert, als die Einmischung in Details, die vielleicht gar nicht europäisch geregelt werden müssen, und das in einer Phase, in der jeder in der Flüchtlingskrise und bei anderen Themen auf die großen europäischen Antworten wartet. Das ist nichts, was Brüssel alleine leisten kann, sondern da müssen wir Mitgliedsstaaten unseren Beitrag leisten und uns ganz genau überlegen, welche Themen wir auf die europäische Agenda bringen und bei welchen Themen wir in Wahrheit selbst in unseren Mitgliedsstaaten alleine Entscheidungen treffen können und sollen.

Das sind nur drei Bereiche, die uns aus meiner Sicht in Europa beschäftigen. Es sind ganz viele Themen darüber hinaus, an denen wir zu arbeiten haben. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, um Danke zu sagen, dass ich daran mitarbeiten kann. Ich habe in den letzten zweieinhalb Jahren als Außenminister nicht nur viele Kollegen, sondern auch einige Freunde gewonnen.

Vielen Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen uns. Vielen Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dir, lieber Gio, Du leistest nicht nur einen großen Beitrag in der Europäischen Union, sondern mit Deiner Tätigkeit tust Du jeden Tag extrem viel für das positive Image Österreichs, insbesondere in Regionen, die ganz wichtig für uns sind. Lieber Herr Landeshauptmann und liebe Frau Landesrätin, Euch ein ganz herzliches Danke für die gute Kooperation zwischen dem Land Niederösterreich und dem österreichischen Außenministerium.

Vielen Dank!